

Schwestern und Brüder!

Die Deutungsgeschichte dieses Jesus-Worts ist mit Missverständnissen gepflastert: Jahrhunderte lang wurde damit eine faktische Gleichrangigkeit von politischer und religiöser Autorität begründet und folglich eine grundsätzliche christliche Gehorsamspflicht gegenüber staatlichen Obrigkeiten. Am unverschämtesten war dabei der Nationalsozialismus: Franz Jägerstätter etwa wurde von den Schergen des NS-Militärgerichts mit genau diesem Bibelzitat bedrängt: „*Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört!*“ – das gelte genauso für einen Hitler, scheuten sie sich nicht, das Evangelium für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und gegen Jägerstätters Kriegsdienstverweigerung in Anschlag zu bringen.

Entgegen dieser obrigkeitsfreundlichen Deutungstradition halte ich dafür, das unscheinbare Bindewort „und“ in diesem Jesus-Wort ganz anders zu lesen als im Sinne einer Gleichrangigkeit der damit verbundenen Elemente: eher im Sinne einer Gegenüberstellung, um vorhandene Kontraste und Widersprüche noch stärker hervortreten zu lassen, hier also eher im Sinne eines „aber“: „Gibt dem Kaiser, was dem Kaiser – *aber* Gott, was Gott gehört!“ – Ist eine Gleichrangigkeit von Gott und Kaiser denn überhaupt sinnvoll denkbar – zumal in der jüdisch-christlichen Gottestradiation?! Der hier angesprochene römische Kaiser mochte zwar der mächtigste Herrscher des damals bekannten Erdkreises gewesen und vom römischen Staatskult auch als Gott verehrt worden sein; gegen den als allmächtig geglaubten und keine andere Autorität neben sich duldenen Gott der Bibel (vgl. etwa Jes 45,5) war er aber doch nur ein Popanz und seine ganze Macht bestenfalls „von Gottes Gnaden“. Nein, hier wird keinesfalls gleichgestellt! In diesem Jesus-Wort wird vielmehr eine himmelweite Differenz angesprochen! – Werden damit aber politische Autoritäten überhaupt lächerlich gemacht? Oder behalten sie eine – wenn auch begrenzte – Gültigkeit?

Die Sozialtradition unserer Kirche ist wie gesagt keineswegs anarchistisch, sondern ziemlich staatsfreundlich eingestellt. Sie sagt, dass der Staat und seine Gesetze notwendig sind: für das geordnete Zusammenleben einer Gesellschaft in Frieden und Gerechtigkeit; für den Schutz des Gemeinwohls vor inneren und äußeren Bedrohungen; letztlich für den Schutz des Einzelnen und seiner Menschenwürde. Das soziale Zusammenleben ist – zumal in einer pluralistischen Gesellschaft – komplex und braucht deshalb Spielregeln, um nicht in Chaos und roher Gewalt zu versinken; Regeln, an die sich deshalb auch alle zu halten haben – selbst dann, wenn es dem Einzelnen nicht immer passt: Wer zahlt z.B. schon aus Vergnügen Steuern? Es mag manchen auch lästig sein, in die Schule gehen zu müssen oder in einem Verkehrsstau geduldig zu warten, statt einfach drauflos zu überholen. Dennoch sind alle gehalten, die staatliche Ordnung zu respektieren und zu beachten. Wir erwarten das ja schließlich auch von anderen – spätestens dann, wenn wir selbst einmal schwächer als andere sind, krank etwa oder sonstwie benachteiligt und schutzbedürftig. Es ist also letztlich eine Frage des Gemeinwohls und der Solidarität, sich selbst zu Gehorsam und Loyalität gegenüber Recht und Gesetz zu verpflichten.

Aber – und hier kommt der zweite Halbsatz in der schlaun Antwort Jesu ins Spiel: Die christliche Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber staatlichen Autoritäten hat immer nur bedingte, niemals absolute Geltung. Es *kann* für ChristInnen auch eine gegenteilige Verpflichtung geben, eine moralische Pflicht zu couragiertem Widerstand gegen politische Autoritäten – freilich erst dann, wenn diese Autoritäten andere Zwecke verfolgen als die Förderung guten Lebens für alle und den Schutz von Schwachen und Benachteiligten.

Das Evangelium bzw. die kirchliche Sozialtradition verlangen politischen Autoritäten gegenüber also keineswegs unbedingten Gehorsam. Sie fordern auf, sich loyal und konstruktiv am Leben der Gesellschaft zu beteiligen und deren Gesetze nicht als etwas Beliebiges auf die leichte Schulter zu nehmen. Sie fordern sogar auf, diese Gesetze auch dann zu respektieren und zu befolgen, wenn sie einem persönlich gegen den Strich gehen. Sie sagen aber nicht, dass jeder politischen Verirrung einfach blind zu folgen ist, selbst wenn sie mehrheitlich beschlossen bzw. von einer demokratisch legitimierten Autorität verfügt und rechtlich gedeckt sein sollte. Auch Mehrheiten können bekanntlich irren.

Mir ist bewusst, dass diese meine Aussage gerade zur Zeit leicht missbraucht und etwa zur Rechtfertigung eines zivilen Ungehorsams dienen könnte, wie er in der aktuellen Corona-Krise zunehmend zum Problem wird: Der Salzburger Tennengau ist in den letzten Tagen zum Beispiel geworden, wie einzelne Menschen durch bewusste Missachtung von behördlich verordneten Schutzmaßnahmen ein ganzes Gemeinwesen in die Quarantäne treiben und zumindest Angehörige von Corona-Risikogruppen ernsthaft gefährden. So ein Verhalten kann sich gewiss nicht auf ein christliches Widerstandsrecht berufen; es spiegelt in meinen Augen eher bornierte Freiheitsliebe, Egoismus und letztlich Gewissenlosigkeit.